



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

12.5249.02

WSU/P125249
Basel, 16. Januar 2013

Regierungsratsbeschluss
vom 15. Januar 2013

Schriftliche Anfrage Andreas Ungricht zur Stärkung der Standortförderung im Bereich chemische Industrie

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Andreas Ungricht dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„In den letzten Jahren bemühte man sich sichtlich um die wirtschaftliche Standortförderung im Kanton Basel-Stadt. Der Schwerpunkt setzt sich vor allem aus Forschung und Entwicklung neuer Technologien zusammen. Ein wichtiger Teil in unserem Stadtkanton ist auch die (Er)Forschung von chemischen Erzeugnissen, insbesondere von Medikamenten. Das führt aber auch dazu, dass diese eine Produktionsentwicklung durchlaufen müssen. Das heisst, die Produktion muss auch entwickelt werden, damit die Erkenntnisse resp. die Erzeugnisse vom Labor auch in grösseren Mengen angefertigt werden können. Am Anfang auf der Kilobasis, später grösser. Für viele ortsansässige Firmen dieser Branche ist es wichtig, heikle und schwierige Prozesse in Basel und der Region entwickeln und herstellen zu können. Denn hier finden sie die Leute mit Erfahrung und das nötige Know-how für den Bereich der Produktionsentwicklung im Speziellen und der Produktion im Allgemeinen. Es ist auch im Interesse des Kantons Basel-Stadt das Auslagern dieser Entwicklung in nahe und ferne Länder zu verhindern. Das Risiko besteht aus meiner Sicht darin, dass der Forschungsplatz zum Entwicklungs- und Produktionsplatz ins Ausland ziehen könnte.

1. Beabsichtigt man im Kanton Basel-Stadt nebst der Forschung auch die Entwicklung und Produktion von chemischen Erzeugnissen zu halten?
2. Wenn ja, was tun die Verantwortlichen des Kanton Basel-Stadt, um nebst dem Forschungsstandort, auch den Entwicklungs- und Produktionsstandort zu unterstützen?
3. Sind die Verantwortlichen des Kantons in Kontakt mit den entsprechenden Firmen?
4. Sind sich die Verantwortlichen bewusst, was ein Abzug des Entwicklungs- und Produktionsstandorts bedeuten würde?

Andreas Ungricht“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

zu Frage 1: Beabsichtigt man im Kanton Basel-Stadt nebst der Forschung auch die Entwicklung und Produktion von chemischen Erzeugnissen zu halten?

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat im Jahr 2008 im Wirtschaftsbericht seine Zielbranchenstrategie festgelegt. Im Rahmen dieser Strategie werden die Aktivitäten im Bereich Wirtschaftsförderung und -entwicklung auf diejenigen Branchen fokussiert, die überdurchschnittlich zur Wertschöpfung beitragen, in der Region eine überdurchschnittliche Beschäftigung aufweisen oder eine besondere Bedeutung für die Standortqualität haben. Zu den so genannten Zielbranchen gehört neben der Life Sciences-Wirtschaft, den Finanzdienstleistungen, der Logistikwirtschaft und der Kreativwirtschaft auch die chemische Industrie.

Im Wirtschaftsbericht 2012 hält der Regierungsrat an dieser Zielbranchenstrategie fest. Zudem ist sich der Regierungsrat bewusst, dass das Vorhandensein der gesamten Wertschöpfungskette der pharmazeutischen sowie der chemischen Industrie (inkl. Produktion) in der Region Basel von grosser Bedeutung ist.

Zu Frage 2: Wenn ja, was tun die Verantwortlichen des Kanton Basel-Stadt, um nebst dem Forschungsstandort, auch den Entwicklungs- und Produktionsstandort zu unterstützen?

Im Bereich der chemischen Industrie ist aufgrund deren besonderen Anforderungen an ihre Produktionsstandorte der Kanton Basel-Stadt nicht immer der geeignete Standort. Umliegende Kantone, wie zum Beispiel der Kanton Basel-Landschaft mit dem Infrapark Baselland in Muttenz, bieten für die Synthese grosser Mengen chemischer Substanzen die geeigneteren Flächen. Trotzdem muss in Basel-Stadt neben der Forschung und Entwicklung auch die chemische Produktion weiterhin möglich bleiben. In der Raumplanung (Richtplan, Zonenplan) ist dem Rechnung zu tragen. Bei der Produktion von Medikamenten verfolgen die in Basel-Stadt ansässigen Grossunternehmen unterschiedliche Strategien. Einerseits haben sie in den letzten Jahren stark in regionale Produktionsstandorte ausserhalb des Kantons Basel-Stadt investiert, andererseits betreibt beispielsweise Roche am Hauptsitz in Basel biotechnologische Produktion. Entscheidend ist, dass die gesamte Wertschöpfungskette der chemischen und der pharmazeutischen Industrie in der Region Basel verankert bleibt.


Zu Frage 3: Sind die Verantwortlichen des Kantons in Kontakt mit den entsprechenden Firmen?

Ja. Der Regierungsrat führt regelmässig Gespräche mit den grossen und bedeutenden Unternehmen am Standort. Dazu zählen in der chemischen Industrie die Firmen BASF und Huntsman sowie Lonza. In der pharmazeutischen Industrie finden namentlich mit Novartis und Roche regelmässige Gespräche auf höchster Ebene statt. Auch zum Agrarunternehmen Syngenta bestehen gute und regelmässige Kontakte. Ein Hauptthema dieser Gespräche bildet die Qualität des Standortes Basel, respektive Schweiz für die Entwicklung dieser Unternehmen.

Zu Frage 4: Sind sich die Verantwortlichen bewusst, was ein Abzug des Entwicklungs- und Produktionsstandorts bedeuten würde?

Am Beispiel von anderen Regionen und Ländern lässt sich beobachten, dass eine Deindustrialisierung negative Folgen für die Volkswirtschaft mit sich bringt. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ist sich über die hohe Produktivität von Entwicklung und Produktion von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen bewusst und will im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten daher einen Abzug dieses wertvollen Teils der Wertschöpfungskette dieser hoch produktiven Branchen verhindern. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass die Entscheide der Unternehmen von der Politik nur beschränkt beeinflussbar sind.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin